

# Migration und Mitleid

VON PETER SCHALLENBERG

Aktuell ist in der Debatte um Migration und Flüchtlingsströme viel zu hören und auch zu lesen vom Mitleid und von Barmherzigkeit mit den im und am Mittelmeer gestrandeten Flüchtlingen und Migranten. Dabei wird oft zweierlei vergessen: Mitleid entsteht immer in bestimmten Zusammenhängen, also besonders dann, wenn Unschuldige zu Unrecht leiden, wie etwa die von Schlepperorganisationen im Mittelmeer sich überlassenen Migranten. Mitleid ruft nach mehr Gerechtigkeit!

Zweitens: Mitleid ist daher zunächst und primär eine Individualtugend einzelner Menschen; der Staat und seine Gesetze an sich kennt kein Mitleid, nur objektive Gerechtigkeit, weswegen die Figur der Iustitia immer mit verbundenen Augen dargestellt wird. Ist es gerecht, dass Schlepperbanden am Elend der Migranten verdienen? Ist es gerecht, dass Italien und Griechenland weit mehr Probleme der Aufnahme und Integration haben als nördlichere Staaten? Ist es gerecht, dass hauptsächlich junge Männer fliehen können, Frauen und Kinder aber weiter im Elend bleiben müssen?

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit steht im Zentrum der katholischen Soziallehre und wird eng verbunden mit Solidarität als einer etwas spröden Übersetzung der ursprünglich gemeinten Nächstenliebe. Diese Solidarität wird aufgeschlüsselt mit dem zumeist etwas rätselhaft bleibenden Begriff der Subsidiarität. Was genau ist damit gemeint? Diese Frage lässt sich zunächst wiederum mit einer Frage aus dem Neuen Testament beantworten: „Wer ist denn mein Nächster?“ (Lk 10,29) So spitzt

sich das im Lukas-Evangelium erzählte Gleichnis vom barmherzigen Samariter zu: Niemand darf im Straßengraben liegenbleiben, niemand darf auf dem Weg der globalen Menschheitsfamilie ausgeschlossen bleiben. Mehr noch: Der Weg zu Gott führt entweder zum Mitmenschen oder aber er führt ins Leere.

Wer ist mein Nächster? Angesichts dieser Frage des Schriftgelehrten an Jesus kann es keine Haltung der Gleichgültigkeit geben. Und dies gilt umso mehr, als im Hintergrund der erwähnten Frage im Neuen Testament eine andere entscheidende Frage nach der grundlegenden Gerechtigkeit steht, nämlich die Frage des Kain an Gott im Alten Testament: „Bin ich der Hüter meines Bruders?“ (Gen 4,9) Es gehört zur ältesten Tradition der Menschheitsgeschichte wie auch zugleich zum jüdisch-christlichen Erbe, sich Rechenschaft zu geben über ein gutes und gerechtes Zusammenleben, Rechenschaft zumal über Wege und Institutionen von Solidarität und Gemeinwohl, Rechenschaft über ein gutes Wirtschaften und über einen guten Staat. Ethik heißt kurz und knapp: Verantwortung übernehmen, Antwort geben auf die Stimme im Gewissen: Bist Du der Hüter Deines Mitmenschen?

Jeder Mensch wird so befragt, nicht einfach ein Mitglied der Großfamilie oder der Sippe. Und das Ziel der Frage ist das Recht und die Gerechtigkeit. Mit anderen Worten: Gefragt wird nach dem, was das Recht eines jeden Menschen als Person ist. Hier wird das Prinzip der Subsidiarität sichtbar: Es geht um das, was die lateinische Sprache „subsidium“ nennt, also Hilfe: Der Staat hat die Aufgabe, der menschlichen Person, dem Individuum, zu helfen,

sich als soziales Lebewesen betätigen und entfalten zu können. Dieses Recht auf Hilfe zur Selbsthilfe ist ein elementares Grundrecht der Person und führt erst zur sozialen Gerechtigkeit.

Im modernen Sozialstaat heißt das übersetzt: Fördern und fordern! Und zugleich kommt damit auch in den Blick, was über ein solches Recht hinaus noch einmal wünschbar ist und einforderbar sein muss: Dass nämlich die menschliche Person nicht nur Recht und Gerechtigkeit erfährt, sondern Liebe und Barmherzigkeit. Dafür freilich weiß sich der Staat und die Wirtschaftsordnung mit Recht nicht zuständig. Der Staat, so könnte man sagen, erzwingt das Recht und erhofft die Liebe. Weswegen wir sagen: Ehe und Familie, die Orte der ersten Liebe, sind Keimzellen des Staates. Und nicht etwa umgekehrt, wie uns der Kommunismus glauben machen wollte. Das hindert aber nicht, dass auch diese letzte Perspektive von Liebe im Blick



Peter Schallenberg.

Foto: KNA

bleibt und jede Gestaltung einer gerechten Wirtschaftsordnung inspiriert: Auf Dauer kann es keine kalte Gerechtigkeit geben, sonst erfriert der Mensch. Jede Form von Gerechtigkeit muss noch den Glutkern einer ursprünglich jedem Menschen zustehenden bedingungslosen Liebe spüren lassen; das ist gleichsam die moralische DNA des Sozialstaates.

Das Streben jedes Menschen nach Glückseligkeit führt zu der Variante des kategorischen Imperativs, wonach zu tun ist, wodurch der Mensch würdig ist, glücklich zu sein: in Übereinstimmung mit sich als dem Wesen der Sittlichkeit zu leben.

Kultur speichert solche menschenwürdigen Mittel der Glücksgewinnung. Gedacht sei etwa an den Begriff der unveräußerlichen Menschenwürde, die der Staat zu garantieren hat: Es gibt das unveräußerliche Recht des Individuums auf ein würdiges Streben nach Glück. Für das Menschenbild von Staat und Wirtschaft, für ein Menschenbild in der Demokratie heißt das aus Sicht der christlichen Sozialethik: Dem Individuum und seiner gebrochenen Freiheit zum Guten gebührt der ständige Vorrang vor dem Kollektiv, der Person gebührt der absolute Vorrang vor der Gesellschaft, dem schwächeren Menschen muss zuerst geholfen werden.

**Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach und Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Paderborn.**

**Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.**